

Stellen. Zwei Knaben aus Siedau, der achtjährige Paul Ulrich Werner und der fünfjährige Hans Bertel, sind hier sehr schwer, teils tödlich verunglückt. Die beiden Knaben sind nach einem abseits der Altenburger Straße gelegenen Holzplatz der Neondarbschen Fabriken in Trossen gegangen, um dort zu spielen. Dabei sind sie auf einen dort lagernden großen Haufen Holz gekommen, dessen Inneres noch große Mengen glühende Kugeln enthielt, die, wie erst am Tage dorthin gebracht worden war und aus dem Kesselhaus stammte. Die obere Schicht hatte sich bereits abgeflacht. Unnehmbar sind die beiden Knaben über den Haufen hinabgefallen und eingestürzt, wobei sie sich derart schwere Verbrennungen an den Beinen und Armen zugezogen haben, daß sie sofort ins Siedauer Stadtkrankenhaus gebracht werden mußten. Dort ist Bertel gestorben, während Werner in Lebensgefahr schwebt.

Kallenberg bei Schirgiswalde. Vollständig eingestürzt wurde am Freitag nachmittag das Anwesen des Wirtschaftsbefähigten Michael Gerretz konnte nur wenig werden, weil, als das Feuer ausbrach, niemand zu Hause war. Der Schaden ist groß, die Entstehungsurache unbekannt.

Klaun i. B. In den Folgen einer Blutvergiftung geboren ist im hiesigen Stadtkrankenhaus die erst seit Februar verheiratete Frau des Lokomotiv-Arbeiters Kurt Müller aus Adorf. Sie war am 19. August, als sie im Gemeindefest mit ihrem Manne und einigen Bekannten im Walde nach Beeren suchte, offenbar von einer Kreuzotter gebissen worden. Die kleine Wunde wurde sofort ausgedrückt und ausgegossen, indes schwellte trotz alldieser ärztlicher Hilfe Bein und Körper nach und nach heftig an. Etwa 14 Tage später trat Wundrose ein, was Anlaß zur Ueberführung der jungen Frau ins hiesige Stadtkrankenhaus gab. Leider gelang es auch hier nicht, sie am Leben zu erhalten.

Kue. Die Stadtvorordneten genehmigten die Ausschreibung der städtischen Gewerbesteuer, gegen welche die Volkswirtschaftliche Vereinigung für Danab und Gewerbe nachdrücklich Protest eingelegt hatte, mit 100 Prozent Erhöhung, ferner die von der Reichshauptmannschaft nach den Richtlinien der Regierung abgeordnete Wohnungsklausur-Rechts-Ordnung, die nunmehr statt der ursprünglich erwarteten 120 000 Mark nur noch 26 000 Mark bringen wird, welcher Betrag aber durch die entstehenden Verwaltungskosten so gut wie völlig aufgebraucht werden wird; um bei den wohnungsuchenden Einwohnern keinen Anmut zu erregen, wird trotzdem die Steuer erhoben.

Leipzig. Während in Dresden die angeklagte Ausschreibung der Metallarbeiter in Kraft getreten ist, haben sich in Leipzig die Metallindustriellen und die Arbeiterschaft dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses unterworfen, so daß die Lohnbewegung in der Leipziger Metallindustrie erledigt ist.

Sofia. Die am Sonntag in Sofia stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen haben mit dem Sieg der bürgerlichen Parteien geendet. Während die bisherige Stadtverordnetenversammlung 28 Vertreter der bürgerlichen und die gleiche Zahl sozialistischer Vertreter zählte, haben in Zukunft 28 Vertreter der bürgerlichen Parteien 18 sozialdemokratische Stadtverordnete gegenüber.

Deutscher evangelischer Kirchentag.

ev. Stuttgart, 16. Sept.

Ein Antrag, der soziale Unterrichtsfrage und mehr Mittel für evang. Arbeiterkatechetik forderte, fand am Mittwoch einstimmige Annahme, gab aber auch Anlaß zu einer lebhaften Aussprache über die Stellung der Kirche zu den verschiedenen Gewerkschaften, weil gefordert worden war, der Kirchenrat solle erklären, daß ihm die christlichen Gewerkschaften näherstehen als die anderen. Dem wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Auch ein Antrag auf Förderung des evang. Volkshilfsdienstes wies durch den Deutschen ev. Kirchenausschuss wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag zur Zitierteitsfrage, der u. a. den Kirchenrat bittet, gegen die Verträge zur Beilegung der §§ 218-220 des Str.-G.-B. fassen Widerstand zu leisten, und für die Regelung der Prostitutionsfrage (Aufhebung der Vorbesitz) Richtlinien aufstellt. — Die zweite Lesung der Bundesverfassung am Mittwoch und Donnerstag brachte nur ganz unbedeutende Änderungen des Entwurfs. — Am Donnerstag sprach der Kirchentag dem kirchlichen Ausland für die Hebräer Hilfe, die das evangelische Deutschland in seiner Not erfährt, seinen herzlichsten Dank aus und entbot den evangelischen Gemeinden Ober-Schlesiens in ihrer Bedrängnis seinen Gruß. Der Vertreter dieser Gemeinden, Superintendent D. Bog. Kattowitz, hielt eine der ergreifendsten Reden der ganzen Tagung. Die Verhandlungen über die Schulfrage, zu der Oberlehrer Dr. Prom. Berlin noch eine sehr einflussreiche Rede über das ev. Erziehungsideal hielt, fand ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer Fundgebung, die als oberstes Ziel der Erziehung den frommen und sittlichen Menschen im Geist des Evangeliums bezeichnet, für die evangelischen Kinder nachdrücklich Schulen ihres Bekenntnisses und einen Religionsunterricht fordert, der nach den Normen christlichen Glaubens und Lebens erteilt wird, „wie sie in den in der heiligen Schrift gegebenen und in den Bekenntnissen der Reformation bezugten Evangelien enthalten sind“. Endlich fand auch die Kirchenbundesverfassung und der Kirchenbundesvertrag in dritter Lesung einstimmige Annahme unter tiefer Bewegung des ganzen Hauses, die in dem gemeinsamen Gesang von „Nun danket alle Gott“ zum Ausdrucks kam. Nachdem dann der Vorsitzende, Herr v. Beckmann in einem geschwollenen Rückblick auf die ganze Tagung deren Bedeutung für die ev. Kirche Deutschlands gewürdigt und allen Mitarbeitenden gebannt hatte, wurde sie von Prälat Stahlecker mit Gebet geschlossen. — Am Donnerstagabend wurden im Festsaal der Viedersalle und in der Hospitalkirche öffentliche Reformationsfeiern gehalten, zu denen sich die evangelischen Stuttgarter in großen Scharen einfanden. Die Gäste aus Österreich, Steiermarken, Böhmen, Schweden, Spanien und der Schweiz wurden herzlich begrüßt und brachten wiederum Grüße aus den evangelischen Kirchen ihrer Heimat, wobei es überall durchklang, wie das gemeinsame Gebetserbe Luther und die gegenwärtige gemeinsame Not der ev. Christenheit über die Landesgrenzen hinaus einigt. Männer der Wissenschaft und Lutherforscher — in der Viedersalle Professor D. Scheel-Lüdingen, in der Hospitalkirche Prof. D. Schan-Weiden — hielten die Tage des Protestantismus in der Gegenwart dar und die Straße, die uns gerade jetzt von Luther auslaufen können. Am Freitag vormittag sammelten sich die Mitglieder des Kirchentags und eine zahlreiche Gemeinde noch einmal in der Markuskirche zu einer Luthergedenkerfeier, bei der Graf Adolf D. Söderblom-Upsala und Prof. D. S. Mend. Wülfel die Festreden hielten. Allen Teilnehmern wird diese Feier ein Erlebnis von hohem Bedeutung geworden sein, namentlich durch die Worte des schwedischen Grafen, aus denen er lebend und beglückend die Bezeugung sprach, daß der jetzt unter harten Not lebende deutsche Protestantismus, weil er Luther zum Vorbild hat, mit Gottes Hilfe einer geistigen Erneuerung entgegengeht, von der die ganze Christenheit Gewinn haben wird.

Maßnahmen gegen die Futtermittel.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft stellt fest, daß in weiten Kreisen des Reiches eine außerordentlich Futtermittel herrscht und daß die Durchhaltung des Viehbestandes auf das Schwere gefährdet ist, wenn die im Interesse der Milch-, Fleisch- und Heiterzeugung erforderlichen Maßnahmen nicht schnellstmöglich ergriffen werden. Als solche Maßnahmen bezeichnet der Reichsausschuss: 1. Schnellige Zuführung von Mais zu Futterzwecken in alle noch nicht belieferten Gebiete und Durchführung einer möglichst harten Weizenzufuhr unter Uebernahme der Salzwasserzölle auf das Mehl; 2. Zulassung der Verarbeitung von Mais zu Brauntweizen zur Gewinnung möglichst großer Schlemmen; 3. Zulassung der aus dem Umlagegetreide anfallenden Aste zu ermäßigtem Preise und schnelliger und bevorzugter Zuführung der noch im Besitze des Reiches und der Länder befindlichen Kraftfuttermittel aus der öffentlichen Hand in die hauptsächlich notleidenden Bezirke; 4. Ausfuhrverbot für sämtliche Futtermittel und Krenge Ueberwagung der Grenzen; 5. Zerabteilung der Umlage aberall da, wo die Exzessivität zu einer Mindernt an Getreide geführt hat; 6. Öffnung der Staats- und Gemeindegewinnungen für Futter und Erzeugung und für Waldweide, soweit dies mit den forstwirtschaftlichen Interessen vereinbar ist. Ein solches Entgegenkommen wird von den Privatwaldbesitzern erwartet; 7. Die Aufstellung eines Notkornhandels mit 50 Prozentiger Ermäßigung der Frachtkosten für Getreide, Kraftfuttermittel, Ölsäme, Futtermittel und Torf. — (Um den Notkornhandel den Begünstigten in vollem Umfange zugute kommen zu lassen, wird empfohlen, die Frachtermäßigung von entsprechenden Ausweisen der landwirtschaftlichen Körperschaften abhängig zu machen); 8. Die Zurückhaltung der geplanten Importationen Frachtermäßigung für alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel und für die wichtigsten Nahrungsmittel bis zur Besserung der allgemeinen Ernährungslage; 9. Bewilligung einer Frachtermäßigung für Mehl- und Schmalz aus Dänemark.

Neben diesen Maßnahmen empfiehlt der Reichsausschuss der Futtermittelfrage die landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um den Bauern die zur Beschaffung von Futtermitteln, in erster Linie von Futter und Düngestoffen erforderlichen Kredit zur Verfügung zu stellen. Der schnelle Ausbau der Einrichtungen für genossenschaftliche Viehpferwertung ist dringend erforderlich.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 20. September 1921.

Der Tanz des Ministerpräsidenten v. Rahr.

München. Der bayerische Ministerpräsident hat aus Verheißungen unter dem 18. 9. an den Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei folgendes Schreiben geschickt: Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinettbildung als Ministerpräsident im Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundgedanken der Bayerischen Volkspartei fest. Als neuwählter Ministerpräsident wäre ich aber wieder in der Zwangslage, mich auf den Boden des Beschlusses des Ständigen Landtagsausschusses vom 11. 9. zu stellen, der zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde fühle ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen. Mit den besten Grüßen und Wünschen für den Verlauf der Tagung und mit den herzlichsten Segenswünschen für unser bayerisches Volk und für ein geländes, hartes, freies, selbständiges Bayern und ein geländes starkes Reich, Dr. von Rahr.

München. Ähnlich wird mitgeteilt: Dem bayerischen Ministerpräsidenten sind in den letzten Tagen so viele Vertrauensbedingungen aus Bayern, dem Reich und dem Ausland zugegangen, daß es ihm unmöglich ist, allen für diese Kundgebungen zu danken. Er sieht sich deshalb genötigt, diesen Weg zu beschreiten, um allen seinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Zur Regelung der Zeitungsbetriebe.

Berlin. Aus Parlamentarierkreisen hört das „Berl. Tagebl.“, daß sich mit dem Vorschlag, bei Differenzen betreffs Zeitungsbetriebe die Entscheidung einer Reichskommission, etwa dem Reichsgericht oder dem Reichswirtschaftsrat zu übertragen, gefehert eine Besprechung zwischen Dr. Grobmann und dem Reichspräsidenten Ebert beschäftigt. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da erst die Regierungsbildung in Bayern abgewartet werden soll.

Breslau. Im Kreis der Döls waren auf Veranlassung von sozialdemokratischer Seite sechs Lastautomobile mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden. Der Stadtrat des Transportes, der in einem Personenauto fuhr, wurde verhaftet. Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich hierbei um Waffen der früheren Ortswehr aus dem ehemaligen Grenzschutz, die zur Verschrottung gebracht werden sollten. Die Sendung ist bereits wieder freigegeben und den Erfassungsstellen zugestellt worden.

Das Attentat in Lädenfeld.

Lädenfeld. Laut „Berg. Märk. Sta.“ kreierte die Regel, die in die Verlesung des westfälischen Parteitages der Deutschen Volkspartei in Lädenfeld gefeiert wurde, ein Mitglied des Vorstandes am Arm und Schlag in das Hinterhaupt. Es handelt sich offenbar um verheißte linksradikale Attentäter.

Das Burgenland wird geteilt.

Wien. Der Vermittlungsvorschlag der Entente über das Burgenland geht, wie verlautet, dahin, daß Österreich die Zone A erhält, während in der Zone B eine Volksabstimmung stattfindet. Diese Volksabstimmung würde den Verlust Ledersburg bedeuten.

100 000 Streikende in Nordfrankreich.

Brille. Die Licht- und Kraftwerke haben ebenfalls den Betrieb eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt 100 000. Bisher sind Truppen in Stärke von etwa 30 000 Mann zur Verhinderung angekommen. Die organisierten Arbeiter verhalten sich ruhig, doch befinden sich viele Fremde unter den Streikenden, die verschiedene Angriffe auf die Truppen unternommen haben.

Brille. Die Kommission des Arbeitgeberverbandes hat den Beschluß der Zerabteilung der Löhne um 20 Centimes pro Stunde bestätigt. Es seien unüberwindliche wirtschaftliche Notwendigkeiten vorhanden, die zur Zerabteilung der Löhne zwingen. Ein Schiedsgericht könne nicht angenommen werden.

Die oberste Frage im Völkerverbund.

Paris. Das oberste Komitee des Völkerverbundes über die Verhandlungen des Völkerverbundes über die Oberste Frage unterrichtet ist, erklärte, wenn die Deutschen den Rat dazu bringen, Vertrauensleute zur Vornahme einer Untersuchung nach Oberschlesien zu entsenden, dann wissen sie nicht, daß sich in der letzten Zeit eine ganze Reihe von kompetenten Persönlichkeiten dorthin begeben hat. Dies geschah nicht, um eine allgemeine Untersuchung vorzunehmen, sondern es drehte sich darum, für den Völkerverbund gewisse Eindrücke festzustellen. Es ist zu hoffen,

daß der Völkerverbund in der Lage sein wird, seine Ansicht einige Tage nach dem Auseinandergehen der Verhandlungen, also in der ersten Hälfte des Oktobers, bekannt zu geben.

Die oberste Frage.

Paris. Das oberste Komitee des Völkerverbundes hat eine Sonderdelegation der Interalliierten Kommission, bestehend aus einigen Engländern und einigen Italienern, sowie mehreren Branten, einige Tage in London verbracht. Die Delegation nahm vorbereitende Arbeiten vor, um die Aufgabe der Sachverständigen des Völkerverbundes zu erleichtern, die demnach an Ort und Stelle die oberste Frage prüfen soll.

Ueberschwemmungen durch einen Gewitterregen.

Paris. Das oberste Komitee des Völkerverbundes hat eine Sonderdelegation der Interalliierten Kommission, bestehend aus einigen Engländern und einigen Italienern, sowie mehreren Branten, einige Tage in London verbracht. Die Delegation nahm vorbereitende Arbeiten vor, um die Aufgabe der Sachverständigen des Völkerverbundes zu erleichtern, die demnach an Ort und Stelle die oberste Frage prüfen soll.

Schweres Bergverhängnis.

Brissane. Durch eine Gasexplosion im Bergwerk von Routhin Bouillan bei Carls (N) in Nord-Queensland wurden 70 Bergleute verschüttet. Es ist anzunehmen, daß alle tot sind.

Der griechisch-türkische Streitfall.

London. Nach der „Daily Mail“ sollen die Thronerbenfalls die Absicht haben, den griechisch-türkischen Streitfall dem Völkerverbund zu unterbreiten.

Bermittlertes.

Große Ueberschwemmungen in Frankreich. Der „Matin“ berichtet über Ueberschwemmungen im Departement Correz: Nach den gleichartigen Regenfällen, die einem Ort an Sonnabend abend begannen, überflutete die Correz das ganze Tal und rief alles mit sich fort. Von Mittwoch bis 3 Uhr morgens drang das Wasser in das Innere der Stadt Correz ein, überflutete die Wassänge und verursachte ungeheuren Schaden. In der Rue de Paris wurden die Häuser ein. Drei Kilometer von Correz ist die kleinere Straße von Valermont eingestürzt. Im Bahnhof von Aubazine ist der Schaden teilweise zu beuten.

Das Eisenbahnunglück bei Drontheim. Unter den bei dem Eisenbahnunglück bei Drontheim Verletzten befinden sich drei der bekanntesten Männer Norwegens, nämlich außer dem Telegraphenbetriebsleiter Helge Nord, Oberst Sejerstedt und Architekt Holmød, unter den Verwundeten der Generalstabsoberst Baud, der frühere Eisenbahnbetriebsleiter Jensen und der schwedische Eisenbahnbetriebsleiter Kannel.

Beurteilter Getreidebesitzer. Ein Beauftragter der Reichsgetreidekasse, ein gewisser Hoffmann aus Berlin, wurde von der Strafkammer überfeld wegen Getreidebeschuldigungen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kaufmann Otto Kohn erhielt wegen Diebstahls acht Monate Gefängnis.

Eisenbahn diebstahl festgenommen. Auf der Strecke Dortmund-Minden-Dannover ist man umlangere Diebstahl von Eisenbahnmaterialien auf die Spur gekommen. Es handelt sich vorwiegend um Wein, Cognac und sonstige Getränke. In Dönnbrück ist ein ganzes Warenlager solcher gestohlenen Sachen unterhalten worden und man hatte zum Verkauf der gestohlenen Güter einen Reisenden angestellt. In der Sache verwickelt sind vorwiegend Eisenbahnschaffner, Zugführer, Verladener und Warte. Es sollen auch bereits zwei Gütervorheber verhaftet worden sein. Im Ganzen wurden bisher 60 bis 70 Personen, davon allein 20 in Dortmund, verhaftet.

Raubüberfall. Am Sonnabend nachmittag meldete sich in Karlsruhe ein bis jetzt unbekannter Mann beim prakt. Arzt Dr. Mira als Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der angebliche Patient ihm mit einem Hammer so hart auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Täter, der sich in Begleitung einer Frau befinden haben soll, ist entkommen. Gebracht sind 2000 Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Gemälde von Correggio beschlagnahmt. In einer Wirtschaft in Hamburg ist ein Gemälde von Correggio beschlagnahmt worden, das von deutschen Soldaten ohne Kenntnis seines Wertes von Cambrai nach Deutschland mitgenommen und für geringes Geld an einen Hamburger Gekauft verkauft worden war. Ein Mitglied der Interalliierten Kommission veranlaßt die Beschlagnahme des Gemäldes.

Die Staatshochschule für Kunst und rebende Künste. Die Geldnotlage des Staates hat leider dazu gezwungen, den seit vielen Jahren verfolgten Plan, in Dresden eine Staatshochschule für Kunst und rebende Künste zu errichten, nunmehr zurückzustellen. Die Staatsregierung hatte im Frühjahr diesen Plan dadurch grundsätzlicher gutgeheißen, daß sie für die Zwecke der Hochschule die notwendigen Räume im Taschenbergpalais zur Verfügung stellte und außerdem, staatliche Prüfungen einrichtete und die Prüfungsverordnungen der Kunst als einer Staatshochschule zu übernehmen. Die erforderlichen Geldanschüsse sollten von der Stadt Dresden und von privater Seite aufgebracht werden. Die Stadt Dresden hatte hierauf in einem Schreiben an die Staatsregierung die Bewilligung dieser Mittel davon abhängig gemacht, daß auch der Staat einen entsprechenden Anteil der laufenden Kosten übernehme. Das Gesamtministerium hat aber in seiner letzten Sitzung bei der Beschlußfassung zu diesem Schreiben, gezwungen von der gegenwärtigen Finanzlage, sich nicht imstande gesehen, für diesen Zweck staatliche Geldmittel bereitstellen zu lassen. Die Räume des Taschenbergpalais sollten nunmehr anders verwendet werden; es ist aber dabei vorgezogen, nur kurzfristige Mietverträge abzuschließen, um die Möglichkeit einer späteren Verwendung der Räume für die Hochschule sicherzustellen. Es ist zu hoffen, daß bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der alle Plan wieder aufgenommen werden kann. Dem Arbeitsausschuss für die Errichtung der Hochschule ist auf Beschluß des Gesamtministeriums für seine ansperrnde Tätigkeit Dank und Anerkennung und das Bedauern darüber ausgesprochen worden, daß das für Dresden wie für Sachsen bedeutsame Unternehmen gegenwärtig nicht weiter verfolgt werden könne.

Sport.

Fußball. Spielvereinigungs-Sonnensportvereine: 1. Mannschaft - Geddit 1. 1:1 (Protest); 2. Mannschaft - Geddit 2. 1:2; 3. Mannschaft - Adbrau 3. 4:1. - Spielvereinigung v. B. Jugendausschuss. Wie erwartet, sollte sich die 1. Jugend von Adbrau über die 2. Punkte, Spiel, gewann über mit 3:0. 2. Jugend - Geddit 2. 0:0 (Schießschießspiel). Die 1. Knaben spielten mit Adbrau 1. Knaben 2:1.

Erinnern Sie,

bitte, Ihre Bekannten daran, daß sie das täglich erscheinende „Fischer Tageblatt“ zum Besuche auf Oktober heute noch bestellen!